

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BA-SK/036(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum	Mittwoch,  05.09.2007	Krankenhaus Olvenstedt Beratungsraum Magistrale	17:00Uhr	19:45Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift 35(IV)07 vom 04.07.2007
- 4 Zwischenbericht Wirtschaftsplan per 30.06.2007
- 5 Sonstiges

Anwesend:

Siehe Anwesenheitsliste

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

---

Die Vorsitzende des Betriebsausschusses, Frau Bröcker, begrüßt die Mitglieder des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde.

Es sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Somit ist der Betriebsausschuss beschlussfähig.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Herr Grünert bittet um Ergänzung unter TOP Sonstiges.  
Die Tagesordnung wird bestätigt.

**Stimmen - 8 Ja**  
**Stimmen - 0 Nein**  
**Stimmen - 0 Enthaltung**

### 3. Genehmigung der Niederschrift 35(IV)07 vom 04.07.2007

---

Frau Kubbutat nimmt als neuntes stimmberechtigtes Ausschussmitglied an der Sitzung teil.

Die Niederschrift 35(IV)07 vom 04.07.2007 wird bestätigt.

**Stimmen - 7 Ja**  
**Stimmen - 0 Nein**  
**Stimme - 2 Enthaltung**

### 4. Zwischenbericht Wirtschaftsplan per 30.06.2007

---

Die Unterlagen zum Zwischenbericht per 30.06.2007 liegen allen Ausschussmitgliedern vor. Herr Padberg erläutert die wirtschaftlichen Kennziffern per Juli 2007 anhand einer Präsentation. Das Betriebsergebnis beträgt ./ 3.357.258,00 € Es wurden zwar mehr Erträge erzielt als geplant waren, jedoch kommt das Negativergebnis durch die Zahlung der Abfindungen von ca. 3 Mio. € zustande.

Die Erhöhung der Instandhaltungskosten resultiert aus dem Umzug des KHA (Umsetzungen von Geräten, Ausbau für niedergelassene Ärzte).

Herr Dr. Reichel hinterfragt, ob aufgrund der Reduzierung von Betten Patienten abgewiesen werden. Herr Dr. Löttge bestätigt, dass dies in der Klinik für Urologie vorgekommen ist. Herr Dr. Reichel berichtet, dass der Rettungsdienst informiert hat, dass das Klinikum Patienten abgewiesen hat, die durch den Rettungsdienst eingeliefert werden sollten. Herr Dr. Löttge äußert, dass solche Vorfälle im Klinikum nicht bekannt sind. Einzige Ursache könnte sein, dass, wenn die OP-Kapazität erschöpft ist, keine Patienten aufgenommen werden können.

Herr Grünert hinterfragt die geringe Erfüllung der Institutsleistungen. Herr Padberg informiert, dass die Leistungen zwar erbracht wurden, aber die Rechnungen noch nicht gelegt wurden. Es wurde eine Abgrenzung gemacht. Periodenfremde Erträge sind schlecht planbar. Die Honorare der Konsiliarärzte kommen durch Anforderungen von Ärzten zustande, deren Leistungen nicht durch eigene Ärzte erbracht werden können.

Nachtrag: zur Anfrage zu den Erlösen aus ambulanten Leistungen (Leistungen für Dritte)

Es handelt sich hier um Überweisungen von Patienten fremden Krankenhäuser, bei denen wir Leistungen erbringen. Das sind z. B. Durchführung von MRT, CT in unseren Räumlichkeiten. Medikamentenpumpen für das Neurologische Zentrum, Marienstift und Uniklinik usw. Der Zwischenbericht zum Wirtschaftsplan per 30.06.20076 wird zur Kenntnis genommen.

Herr Ansorge nimmt als zehntes beschließendes Ausschussmitglied ab 17:50 Uhr an der Sitzung teil.

## 5. Sonstiges

---

Herr Salzborn hinterfragt folgende Punkte:

1. Wie sieht es mit der Etablierung von niedergelassenen Ärzten am Klinikum aus?
2. Kann das SKMD mit dem Titel „Schmerzfreie Klinik“ tragen?
3. Bestehen in der Klinik für Urologie mehr Aufnahmeanfragen als Bettenkapazität vorhanden ist?

Frau Dr. Neumann berichtet zu 1.

Es wird seit Monaten versucht, niedergelassenen Ärzte ans Haus zu binden. Zurzeit haben wir einen Kinderkardiologen und einen Neurochirurgen am Haus. Auch niedergelassene Anästhesisten werden im amb. OP eingesetzt. Im Februar 2008 kommt ein Orthopäde. Auch ein niedergelassener Gynäkologe wird Operationen in unserem Haus durchführen.

Einer Praxis für Onkologie fehlt noch die KV Ermächtigung, um eine Teilpraxis an unserem Haus zu eröffnen. Ein Vertragsangebot an einen niedergelassenen Gastroenterologen liegt vor. Hier fehlt noch die Zuarbeit einiger Leistungskennziffern. Des Weiteren ist der Kauf einer dermatologischen Praxis geplant. Nach einem Augenarzt, der auch operiert, wird noch gesucht. Ein Neuropädiater kommt in 2008 im Anstellungsverhältnis. Eine KV-Bestätigung für eine Pathologische Praxis liegt vor, ebenfalls für zwei neurochirurgische Praxen am Krankenhaus.

Zu 2.

Die angestrebte Zertifizierung „Schmerzfreie Klinik“ ist ein sehr umfangreiches Projekt. Standards müssen in allen Kliniken eingebracht und Mitarbeiter ausgebildet werden. Die Projektdauer ist auf zwei Jahre angelegt

Zu 3.

Die Aufnahmekapazität überschritt zeitweise den Bedarf. Dem wird u. a. durch die Einrichtung einer Kurzliegerstation ab 05/07 entgegengewirkt. Die Nutzung freier Betten anderer Stationen hat Grenzen. Notfallpatienten können interdisziplinär schlecht verlegt werden, da der Pflegeaufwand zu hoch ist.

Herr Dr. Hildebrand fragt an, ob aufgrund des Personalabbaus evtl. ein Pflegemangel im Klinikum entstanden ist.

Frau Trey informiert, dass die Einlaufzeit der Umstrukturierungen für die Pflegeteams läuft. Der Prozess wird 1 ½ bis 2 Jahre dauern.

Herr Grünert hinterfragt folgende Punkte:

1. Wie sieht es mit dem Personalbedarf in der Anästhesie aus?
2. Wie wurde mit dem Brief der Chefärzte an die Betriebsleiterin umgegangen?
3. Was ist mit der Drucksache Rechtsformänderung?

Frau Dr. Neumann berichtet zu 1.

Das Anästhesieproblem wird mit dem Einsatz von niedergelassenen Anästhesisten für amb. Operationen teilweise gelöst. Der Ärztemangel in diesem Bereich herrscht an fasst allen umliegenden Krankenhäusern.

Zu 2.

Der Brief wurde mit einer Delegation der Chefärzte ausgewertet. Es wurden Festlegungen getroffen und Gruppen gebildet, die sich mit den angeführten Problemen auseinandersetzt.

Zu 3.

Herr Dr. Brakmann informiert, dass die Drucksache evtl. am 11.09. oder am 18.09.2007 in die OB-Sitzung eingebracht wird. Die Drucksache soll am 08.11.2006 im Stadtrat sein.

Herr Grünert ist verwundert, dass keine schriftlichen Unterlagen zur beabsichtigten Rechtsformänderung vorliegen und die Drucksache nicht vorab zur Verfügung gestellt wurde. Frau Bröcker äußert, dass fast in jeder Betriebsausschusssitzung über die Prüfung und Begleitung der Rechtsformänderung gesprochen wurde und die Drucksache erst dann öffentlich ist, wenn sie die OB-Runde passiert hat.

Frau Kubbutat vermisst immer noch den Vergleich zwischen einem Eigenbetrieb und einer gGmbH.

Herr Ansorge akzeptiert die Verwaltungsverfahrensweise zum Einbringen der Drucksache. Es muss jedoch genügend Zeit zur Beratung im Ausschuss eingeplant werden. Herr Ansorge schlägt vor, evtl. eine Sondersitzung des Betriebsausschusses einzuberufen. Es darf zu keinem Zeitdruck kommen.

Herr Ansorge sieht den Brief der Chefärzte an die Betriebsleiterin als Hilferuf an die Stadträte. Die Betriebsleitung sollte informieren, wie so ein Brief zustande kommen konnte. Es wird um Erläuterung der Inhalte gebeten.

Frau Dr. Neumann berichtet, dass der Marburger Bund beauftragt wurde, auch Tarifverhandlungen für die Ärzte durchzuführen. Dieser Verfahrensweg hat die Ärzteschaft verärgert.

In der Personalversammlung haben die Ärzte geäußert, dass sie Ihren Beitrag zur Konsolidierung bereits geleistet haben. Im gemeinsamen Gespräch wurden die Chefärzte aufgefordert, weitere Einsparpotentiale aufzuzeigen.

Die opt-Out-Regelung (über 48 h hinaus bis zu 60 h freiwillig arbeiten) innerhalb der Arbeitszeit wurde von einigen Kliniken gekündigt. An Überprüfungen des Arbeitszeitsystems wird gearbeitet und ist Bestandteil der Gespräche zwischen Chefärzten und Betriebsleiterin.

Frau Bröcker schlägt vor, dass die Chefärzte angeschrieben werden, um ihnen die Gelegenheit zu geben, in der nächsten Betriebsausschusssitzung das Thema zu konkretisieren.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Bröcker  
Vorsitzende/r

Schönian  
Schriftführer/in